

Kundgebung im Herosé-Park

- Keine Lösung in Sicht nach gekipptem Glasverbot
- Grüne Hochschulgruppe für eine Mediation
- Anwohner fordern das Durchsetzen der Regeln

VON LUISA RISCHÉ

Konstanz – Nach dem Glasverbot ist vor dem Glasverbot. Kaum sind die Verbotsschilder am Ufer des Seerheins abgehängt, steigt nicht nur der nächtliche Lärmpegel, sondern die Beschwerden der Anwohner nehmen wieder zu. Bürger beklagen sich über erhöhtes Scherbenaufkommen, massive Lärmstörungen und sprechen von einer Eskalation seit der Verwaltungsgerichtshof in Mannheim die Polizeiverordnung gekippt hat. Die Grüne Hochschulgruppe um Glasverbots-Kläger Benjamin Wohnhaas feiert das Urteil, zieht sich aber aus der Verantwortung nicht zurück. Das Problem werde nicht gelöst, eine professionelle Mediation müsse nun vorangetrieben werden, meinte Nicolai Growe von der Hochschulgruppe. Im Herosé-Park machten die Studenten den ersten Schritt, bei einer Kundgebung scheuten sie den Dialog mit den Anwohnern nicht.

Benjamin Wohnhaas erklärte in seiner Rede, dass das Polizeirecht mit dem Glasverbot an seine Grenzen gestoßen sei. „Es ist und bleibt öffentlicher Raum. Das Verbot war eine versuchte Privatisierung durch die Hintertür“, argumentierte der 24-Jährige. Dass Wohnhaas das Glasverbot als perfektes Mittel der Stadt bezeichnete, Jugendliche vom Feiern abzuhalten, empfanden die anwesenden Anwohner als lächerlich. Stadträtin Gabriele Weiner erklärte: „Das Scherbenaufkommen war damals einfach zu groß und die Stadt war zum Handeln gezwungen.“

Die Grüne Hochschulgruppe ist sich über die Notwendigkeit des Handelns bewusst, das Glasverbot sei aber der falsche Weg gewesen, „weil mit diesem Verbot alle Bürger pauschal als Verursacher eines Problems definiert wurden“, erklärte Stephan Kühnle. Weiterhin meinte der Vertreter der Hochschulgruppe, dass das eigentliche Pro-



Bei der Kundgebung zum gekippten Glasverbot im Herosé-Park forderte die Grüne Hochschulgruppe eine professionelle Mediation. Sie diskutierte mit Anwohnern über die Probleme am Ufer. BILD: RISCHÉ

Mediation

Eine Mediation ist ein freiwilliges Verfahren zur konstruktiven Beilegung eines Konfliktes. Die zwei Parteien versuchen mithilfe einer dritten „allparteilichen“ Person eine gemeinsame Lösung zur Aufhebung des Konfliktes zu finden, die für

alle Beteiligten akzeptabel ist. Dabei geht es darum, die Parteien in ein Gespräch zu bringen, um den wechselseitigen Austausch über die Konflikthintergründe zu ermöglichen. Diese Art eines Lösungsverfahrens entwickelte sich aus der außergerichtlichen Konfliktlösung. In Deutschland hat sich das Verfahren in den letzten 20 Jahren etabliert.

blem der Lärmbelästigung nicht durch ein Glasverbot gelöst werden könne. „Wir möchten weiterhin mit allen Beteiligten Ideen entwickeln, wie wir den öffentlichen Raum gemeinsam nutzen können.“

Den öffentlichen Raum wollen die Anwohner den Jugendlichen auch gar nicht streitig machen. „Wir wollen keine Totenstille. Bis zwölf Uhr kann man sicherlich friedlich feiern, aber die ganze Nacht, das ist wirklich brutal“, erklär-

te Matthias Presch und fragte sich wie viele andere, ob die Hochschulgruppe auch eine konkrete Lösung habe. „Sicherlich nicht, sonst hätten wir die schon längst umgesetzt“, so Kühnle. Die Forderung von Horst Frank jedoch, die Landesregierung mit einzubeziehen, sei keine Option. Kühnle: „Solche Konflikte gehören vor Ort gelöst“, und dieser Meinung sind auch die Anwohner. Stefan Berberich forderte, die Gemeinde in die Pflicht zu nehmen, um ei-

ne Mediation zu finanzieren.

Henrich Tieszen von der Bürgergemeinschaft Petershausen argumentierte, dass Verstöße gegen die Umweltschutz- und Polizeiverordnung endlich sanktioniert werden müssten und Gabriele Weiner meinte, dass man jederzeit freundlich auf alle Feiern zugehen könne. „Damit haben wir bei den Nachwardern gute Erfahrungen gemacht.“ Für die Anwohner jedoch ist das keine Option, viele haben Angst, nachts überhaupt vor die Tür zu treten, da die alkoholisierten Jugendlichen zu aggressiv seien.

In den kommenden Wochen soll das gemeinsame Vorgehen weiter geplant werden. Kühnle: „Die Stadt wird später federführend den Prozess begleiten, doch verantwortlich für den Interessensausgleich werden alle Beteiligten sein.“ Eine Mediation sei der aussichtsreichste Weg, aber es fehlten die Verursacher, so Benjamin Wohnhaas.